



Durchwahl: 0511 3030-2152
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-45-Wo-Go)

12. November 2018

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 5. bis 9. November 2018

Montag, 5. November 2018

1 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (21. Sitzung - Reise)

Beratungsthema:

Besuch der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) in Peine

Der Ausschuss ließ sich vor Ort durch die Geschäftsführung der BGE über das Unternehmen und ihre Projekte informieren. Besondere Schwerpunkte stellten dabei insbesondere folgende Themen dar:

- Überblick über den Aufbau des Unternehmens und über seine Projekte
- Fortführung der Arbeit des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese im Rahmen des Arbeitsschwerpunkts Wissensmanagement
- Suche nach einem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle

Außerhalb der Tagesordnung kam der Ausschuss überein, am 13. November 2018 zu einer Sitzung zusammenzukommen, um die Grundzüge des **Entwurfs eines Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung - Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 18/1994** - vorzustellen und Verfahrensfragen zu besprechen; dabei geht es insbesondere um die Vorbereitung einer Anhörung.

Ferner wurde die Landesregierung gebeten, den Ausschuss

- in Reflexion der zuvor von der BGE zum Arbeitsschwerpunkt Wissensmanagement erhaltenen Informationen sowie
- mit Bezug auf die Unterrichtung in der 18. Sitzung am 24. September 2018 und
- mit Bezug auf die Umsetzung der Entschließung des Landtags am 8. April 2018 (Drs. 18/722)

im Rahmen der Sitzung am 13. November ergänzend zu unterrichten.

Mittwoch, 7. November 2018

2 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (19. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. a) [Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/27](#)
- b) [§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/31](#)
- c) [Informationsverbot abschaffen - § 219 a StGB streichen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/1785](#)

Die CDU-Fraktion teilte mit, dass sie am 27. November 2018 eine Anhörung zu dem Thema durchführen werde, und beantragte, die Beratung bis nach der Anhörung zu vertagen. Diesem Antrag stimmte der Ausschuss gegen die Stimmen der Fraktionen der Grünen und der FDP bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion der AfD zu.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes und zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe](#)
[Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 18/483](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzesentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: GRÜNE

3. [Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019](#)
[Gesetzesentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1537](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu Artikel 2 des Gesetzesentwurfs entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes in seiner Sitzung am 28. November 2018 abzuschließen.

4. [Rechte der Nebenklage stärken - Niedersächsische Gnadenordnung anpassen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/351](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Die Fraktionen von SPD und CDU kündigten an, einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag vorzulegen. Daraufhin kam der Ausschuss überein, die Beratungen zu dem Antrag in seiner Sitzung am 9. Januar 2018 fortzusetzen und gegebenenfalls abzuschließen, um das Januar-Plenum zu erreichen.

5. [Konsequenzen aus Fall Shahroudi ziehen - Visapraaxis verbessern - Völkerstrafgesetzbuch und Strafprozessordnung anpassen](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/967](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. [Sexuellen Missbrauch von Kindern effektiv bekämpfen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1533](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen.

7. [Digitalen Bürgerservice der niedersächsischen Justiz verbessern - Anträge, Ausfüllhilfen und Merkblätter an zentraler Stelle in Niedersachsen bereitstellen](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1534](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er schloss die Beratung ab und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3 Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
(12. Sitzung - Reise)

Beratungsthema:

Besichtigung der Justizvollzugsanstalt Hannover, Abteilung Langenhagen

Nach einem Vortrag über die „Aufgaben und Zuständigkeiten der Abschiebehafteinrichtung Langenhagen“ und einer Erörterung der Konzeption mit anschließender Aussprache besichtigte der Unterausschuss verschiedene Bereiche der Abschiebehafteinrichtung.

4 Ausschuss für Haushalt und Finanzen
(36. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. a) [Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 \(Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -\)](#)
[Gesetzesentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1269 neu](#)
- b) [Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2018 - 2022](#)
[Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/1480](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 01** - Landtag - einschließlich der **Ergänzungsvorlage** (Vorlage 72) - und den **Einzelplan 16** - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung - unter Einbeziehung der Mipla 2018 - 2022. Er nahm die **Einbringung** durch die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages bzw. durch die Ministerin des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch.

2. [**Artensterben aufhalten - Insekten schützen**](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/650](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz an, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE
Ablehnung: -
Enthaltung: FDP, AfD

3. [**Wissenschaftliche Aufarbeitung islamistischer Einstellungen von Personengruppen**](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1082](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP
Ablehnung: AfD
Enthaltung: -

4. [**Einsetzung eines Beirats bei der Forschungs- und Dokumentationsstelle politisch-religiöser Extremismen in Niedersachsen**](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1084](#)

Die Fraktion der AfD hatte den Antrag zurückgezogen.

5. [**Hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen sicherstellen**](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1401](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: -
Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

6. [**Fortführung Landesprogramm - Radschnellwegenetz für Niedersachsen!**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1833](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD
Ablehnung: GRÜNE
Enthaltung: -

7. [Start-up-Zentren Niedersachsen stärken und ausbauen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1523](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort und nahm das Ergebnis der Mitberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zur Kenntnis. Er stellte die Beschlussfassung zurück und kam überein, die Beratung fortzuführen, nachdem der Bericht über die Evaluation der vom Land bislang geförderten Start-up-Zentren vorliegt. Dies wird nach Auskunft des MW voraussichtlich im zweiten Quartal 2019 der Fall sein.

8. **Vorlagen**

Vorlage 67 (MWK) - Hochbaumaßnahmen des Landes; HAWK Standort Hildesheim, Erneuerung der Kanalisation und Versorgungsleitungen Hohnsen 1 und 2

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

5 **Ausschuss für Haushalt und Finanzen**
(37. Sitzung)

Beratungsthemen:

- a) [Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 \(Haushaltsgesetz 2019 - HG 2019 -\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1269](#) neu
- b) [Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2018 - 2022](#)
[Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/1480](#)

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 15** - Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz - dazu: Vorlage 50 - unter Einbeziehung der MiPla 2018 - 2022. Er nahm die **Einbringung** durch den Minister des Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** sowie die **Einzelberatung** durch. Die **Vorlage 50** betr. Haushaltsplanentwurf 2019 - Materialien zur Beratung des Einzelplans 15 nahm er zur Kenntnis.

Außerhalb der Tagesordnung kam der Ausschuss überein, auf den für den 22. November 2018 vorgesehenen Sitzungstermin zu verzichten.

6 **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
(18. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Straftaten und Gemeinnützigkeit schließen sich aus!](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/833](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden

- Landwirtschaftskammer Niedersachsen
- Bundesverband der beamteten Tierärzte
- Landvolk
- SOKO Tierschutz
- ISN - Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e. V.

2. **Gesundes und bewusstes Essen dürfen für Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/648

Der Ausschuss setzte den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen ab.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Jagdgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1840

Der Ausschuss setzte den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen ab.

4. **Wolfspopulation regulieren - Kulturgut Schäferei erhalten!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1841

Der Ausschuss setzte den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen ab.

5. **Digitalisierung in der Landwirtschaft fördern - kostenfreien Zugang zu präzisen Korrekturdiensten ermöglichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1851

Der Ausschuss setzte den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen ab.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die aktuelle Sachlage im Hinblick auf die Einführung eines Verfahrens zur Geschlechtsbestimmung im Ei**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

Donnerstag, 8. November 2018

7 Ausschuss für Inneres und Sport (35. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger, Rettungskräfte und Ehrenamtliche sind nicht hinnehmbar - Land und Kommunen müssen gemeinsam aktiv werden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1175 neu

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Carsten Vetter (Erster Kreisrat Hameln-Pyrmont)
- DRK-Landesverband Niedersachsen
- DLRG-Landesverband Niedersachsen
- Marvin Weigert (Ruhr-Universität Bochum)

2. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/850

hierzu: Eingabe 00600/02/18

- b) [Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/828](#)
- c) [Testphase zur Einführung einer Elektroschockwaffe \(Taser\) bei der niedersächsischen Polizei](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1086](#)
- d) [Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1385](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung auf Grundlage der Vorlage 32 des GBD fort.

8 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (28. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [33. Tätigkeitsbericht des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung gemäß § 30 Abs. 7 des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke](#)
[Unterrichtung des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung - Drs. 18/1368](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Zukunft der Altenpflegeausbildung“](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/1993](#)

Der Ausschuss nahm die Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, zu dem Gesetzentwurf zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

3. [Digitale Barrierefreiheit ohne Ausnahmen - die Landesregierung muss bei der Umsetzung der EU-Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen nachlegen!](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1847](#)

Der Ausschuss kam überein, den Antrag der Fraktion der Grünen zunächst zurückzustellen und nach Vorlage des angekündigten Gesetzentwurfs zur Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes in dessen Beratung einzubinden.

4. [Sicherheit im Maßregelvollzug stärken - Mitarbeiter schützen](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1379](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

5. [Übernahme der Ausbildungskosten in der Physiotherapieausbildung durch das Land Niedersachsen](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1519](#)

Der Ausschuss nahm zu dem Antrag eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9 **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung**
(18. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Europa - Chancen für alle! Europäische Austauschprogramme für die gesamte junge Generation zugänglich machen - Niedersachsen in Europa weiter stärken](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1402](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- DGB Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt
- Landesschülerrat Niedersachsen
- Landesjugendring Niedersachsen e. V.
- Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen
- Deutsch-Polnisches Jugendwerk
- Industrie- und Handelskammer Hannover

Anschließend besprach der Ausschuss Verfahrensfragen und bat die Landesregierung um die Bereitstellung ergänzender Unterlagen.

2. [Auswirkungen des Brexit auf die niedersächsische Fischfangindustrie begrenzen - Fanggebiete für die Hochseefischerei erhalten](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1070](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung, vertreten durch MB und ML, zu dem Thema unterrichten und führte hierzu eine Aussprache. Sodann führte er die Beratung durch und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

3. [Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020](#)

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1404](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er kam überein, diesen Antrag gemeinsam mit den inhaltlich verwandten Anträgen in den Drucksachen 18/1387 und 18/2016 so zeitnah zu behandeln, dass die abschließende Beratung aller drei Anträge im Dezember-Plenum erfolgen kann. Dafür wird die für den 6. Dezember 2018 vorgesehene Sitzung des Ausschusses auf den 4. Dezember (Beginn: 10 Uhr) vorgezogen.

4. [Zeitumstellung abschaffen - Bürgerwillen umsetzen](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1844](#)

Der Antrag wurde von der Tagesordnung abgesetzt, um mehr Zeit für fraktionsinterne Beratungen zur Verfügung zu stellen.

5. EU-Angelegenheiten

Der Ausschuss nahm schriftliche Unterrichtungen zu folgenden Themen entgegen:

- [Bericht über die 131. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen vom 8. bis 11. Oktober 2018 \(hierzu erbat der Ausschuss die Übermittlung ergänzender Unterlagen\)](#)
- [Bundesratsdrucksache 280/18](#): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps und zur Aufhebung der Verordnung über das Europäische Solidaritätskorps und der Verordnung (EU) Nr. 375/2014
- Bundesratsdrucksache 286/18: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds COM(2018) 471 final; Ratsdok. 10153/18

6. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss schloss die Vorbereitung des Begegnungstags mit Parlamentariern aus den niederländischen Nordprovinzen Groningen, Friesland, Drenthe und Overijssel im Rahmen der Sitzung des Ausschusses am 22. November 2018 weitestgehend ab. Er stellte den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung die Teilnahme an dem Begegnungstag anheim.

Freitag, 9. November 2018

10 Kultusausschuss (19. Sitzung)

Außerhalb der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Abschlussbericht der Expertenkommission Arbeitszeitanalyse (Arbeit der Kommission, Entwicklung der Zusammensetzung der Kommission, Empfehlungen der Kommission, Zeitplan der Landesregierung für die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission)

Der Ausschuss billigte den Antrag einstimmig. Als Termin für die Unterrichtung wurde der 7. Dezember 2018 in Aussicht genommen.

Beratungsthemen:

1. [Berufsorientierung an Gymnasien darf nicht zulasten des Fachunterrichts erweitert werden und das Bildungsziel der Gymnasien entstellen](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1520](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Nachdem ein Antrag der AfD-Fraktion, eine Anhörung zu dem Thema durchzuführen, abgelehnt worden war, schloss der Ausschuss die Beratung des Antrages ab.

Er empfahl dem Landtag, den Antrag der Fraktion der AfD abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

2. **Kultushoheit Niedersachsens in Gefahr! Bildungsföderalismus bewahren und stärken**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1856

Der Ausschuss führte die Beratung durch.

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Antrag der Fraktion der AfD abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

3. **Zulage auch für pädagogische Fachkräfte in therapeutischer Funktion**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1029

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wurde die weitere Beratung des Antrages auf Wunsch der Koalitionsfraktionen auf den 7. Dezember 2018 verschoben, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Änderungsvorschlag zu erarbeiten.

Im Auftrage

Kleinwächter